

2009-04-03

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 11.03.2009

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin
Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 42**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Glathe, Otto
von der Heydt, Jörn
Weber, Hendrik

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Sauermilch, Werner, Dr.

Fraktion der SPD

Laue, Harald
Lütje, Daniela

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Grabner, Isolde

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die Sitzung des Stadtrates und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. Genehmigung der Niederschriften vom 10. und 15. Dezember 2008 sowie vom 21. Januar 2009

Die Niederschrift vom **10. Dezember 2008** wurde bei 4 Enthaltungen **genehmigt**.

Bezüglich der Niederschrift vom 15.12.2008 bat Frau Nußbeck um Klärung der Anwesenheit von Herrn Eichelberg als Befangener, um später keine Zweifel aufkommen zu lassen. Er habe den Raum verlassen, sei aber nicht als fehlend vermerkt.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, bestätigte, Herr Eichelberg war zur Sitzung anwesend, zur Beratung und Beschlussfassung des fraglichen Tagesordnungspunktes aber nicht im Raum, was hiermit festgehalten werde. *(Eine Nachprüfung in der Niederschrift ergab, dass der entsprechende Vermerk vorhanden ist.)*

Das Protokoll vom **15. Dezember 2008** wurde bei 9 Enthaltungen **genehmigt**.

Zur Niederschrift vom 21. Januar 2009 verwies Herr Bierbaum, CDU-Fraktion, auf die Seite 2, Punkt 3, wo Herr Bähr einer anderen Fraktion zugeordnet wurde. Richtig muss es heißen „FDP-Fraktion“. *(Eine Korrektur erfolgt.)* Oberbürgermeister Koschig merkte zu dem auf der Seite 8 zugesicherten Bericht zu Junkalor an, dieser konnte noch nicht vorgelegt werden, da er sich noch in Arbeit befindet.

Die Niederschrift vom **21. Januar 2009** wurde bei 2 Enthaltungen **genehmigt**.

3. Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies zunächst auf die ergänzende Ausreichung bezüglich eines Tagesordnungspunktes im nichtöffentlichen Teil. Die Fraktionen wurden am Montag dahingehend orientiert, dass mit Schreiben vom 5. März 2009 die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen einen Antrag auf aktuelle Stunde entsprechend § 7, Abs. 4 unserer Geschäftsordnung zum Thema „Bauhausstadt Dessau“ beantragt hat. Das Präsidium hat diese aktuelle Fragestunde in der Tagesordnung nach dem Tagesordnungspunkt 6 eingeordnet.

Die Tagesordnung wurde in ergänzter Form bei einer Enthaltung angenommen.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Koschig zog ein Resümee des **7. März 2009**, dem Gedenktag für die Opfer des Bombenangriffes auf Dessau 1945. Er sprach den Dank an alle Beteiligten aus. Insgesamt war die Beteiligung gut, mehr Teilnehmer hätte er sich aus Verwaltung und dem Stadtrat gewünscht, um einen breiten Schulterchluss zu bieten. Noch vor dem Osterfest wird eine Auswertung stattfinden, in der man sich auch über die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit mit der Initiativgruppe abstimmen und das Gedenken im Jahr 2010 vorbereiten werde.

In diesem Jahr werden nach EU-Beschluss 10.000 irakische Flüchtlinge in den EU-Staaten Aufnahme finden - 2.500 davon in Deutschland, führte Herr Koschig seinen

Bericht fortsetzend aus. Nach dem allgemeinen Länderschlüssel werden 75 Flüchtlinge in Sachsen-Anhalt erwartet.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommunen war einer der Hauptfaktoren, der bei der Entscheidung der Landesregierung über den abschließenden Aufenthaltsort zum Tragen kam. Demnach werden sich die zu erwartenden 75 Flüchtlinge auf die Städte Halle, Magdeburg und Dessau-Roßlau verteilen.

Dessau-Roßlau hat sich nach Prüfung der wirtschaftlichen Machbarkeit bereit erklärt, dem Wunsch der Landesregierung zu entsprechen und mehr Flüchtlinge aufzunehmen, als uns laut Verteilungsschlüssel eigentlich zufallen würden. Inzwischen habe die Stadtverwaltung ein Brief von Bündnis 90/Die Grünen erreicht, der heute auch in der Presse Erwähnung findet.

Um den schutzbedürftigen Flüchtlingen, die keine Rückkehrperspektive haben, die Integration zu erleichtern, wurden neben wirtschaftlichen Faktoren bei der Entscheidung auch soziale, integrationsfördernde Aspekte, wie Familienzusammenführung, berücksichtigt.

Richtig ist, wie in dem genannten Brief erwähnt, dass wir in Dessau-Roßlau über eine solide Struktur verfügen, um Neuzuwanderer zu unterstützen. Aufgrund des erheblich höheren Migrantenanteils der Bevölkerung in Halle und Magdeburg - auch der irakischen Bevölkerung - in Halle (554) leben mehr als viermal, in Magdeburg (260) mehr als doppelt so viele Iraker (vor Ort 118) - verfügen die beiden Städte über eine wesentlich differenziertere Infrastruktur, um den spezifischen Problemlagen (z. B. muttersprachliche psychosoziale Betreuung) der zu erwartenden Flüchtlinge gerecht zu werden. Das Angebot einer großzügigen Aufnahme aller 75 irakischen Flüchtlinge sollte vor diesem Hintergrund kritisch überdacht werden.

Man werde den Brief als positive Anregung nutzen, um die Zuwanderung als Chance für die Stadt zu sehen, wie man konzeptionell damit umgehen kann. Seit Anfang Januar d. J. arbeitet in unserer Stadt die Integrationskoordinatorin, Frau Paul, im Büro der Beauftragten. Sie ist mit dieser Aufgabe betraut und es wird im Monat April einen Gesprächstermin mit den Absendern des Briefes von Bündnis 90/Die Grünen geben.

Was die **Zusammenführung der Tourismusverbände** betrifft, informierte der Oberbürgermeister weiter über den Arbeitsstand. Nach wie vor ist es ein gemeinsames und von der Landesregierung gefördertes Ziel, einen regionalen Tourismusverband zu bilden. Es gibt bereits einen Satzungsentwurf. Die Mitglieder des Tourismusverbandes Anhalt-Wittenberg haben sich zunächst eine Pause auferlegt, es wurde noch nicht über die Auflösung dieses Verbandes gesprochen worden, sondern es wird zunächst weitergearbeitet. Jetzt werde versucht, über eine Moderation, wozu es ein Gespräch mit Herrn Handschell gab, beide Verbände an einen Tisch zu bekommen. Dazu hat sich der Wirtschaftsminister als mitmoderierend bereit erklärt, wozu ein Gespräch im Wirtschaftsministerium am 25.3.2009 geplant ist. Mit dem Landrat Dannenberg wurde vereinbart, die genannte Pause zu nutzen, um einen neuen Anlauf zu nehmen und als neuer Fusionstermin wurde der 1.1.2010 vereinbart.

Über die **Umsetzung der Beschlüsse** berichtete Herr Koschig,

- der Rahmenplan für das Sanierungsgebiet Dessau-Nord wurde in der Sitzung am 21.1.2009 beschlossen, dann folgend der zuständigen Behörde zur Kenntnis gegeben und wird bei künftigen Maßnahmebeschlüssen berücksichtigt.
- Die Mitteilung des Abwägungsergebnisses zum geänderten Entwurf des Bebauungsplanes der Innenentwicklung Nr. 204 (Handelsquartier am Schillerplatz“ (DR/BV/460/2008/VI-61) erfolgte mit Anschreiben vom 13.02.2009
- Zu dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 204 „Handelsquartier am Schillerplatz“ im Stadtteil Roßlau - DR/BV/464/2008/VI-61 - und zum Aufstellungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 „Biogasanlage Lukoer Straße“ (DR/BV/481/2008/VI-61) erfolgte die Bekanntmachung im Amtsblatt / Ausgabe 03/2009 am 28.02.2009.
- Die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Ortsteil Dessau – Beschluss über die öffentliche Auslegung der Planentwürfe in der Fassung vom November 2008 - DR/BV/491/2008/VI-61 - wurde in der Zeit vom 09.02. bis 10.03.2009 öffentlich ausgelegt.

Zu **Gebietsangelegenheiten** kommend, informierte der Oberbürgermeister, nach wie vor steht die Stadt Dessau-Roßlau zu ihrem Eingemeindungsangebot und zu den bereits beschlossenen Gebietsänderungsverträgen mit der Stadt Wörlitz und der Gemeinde Vockerode. Es werde jede Gelegenheit dem Land gegenüber genutzt, die entsprechende Unterstützung einzufordern.

Am 19.02.09 wurde während einer gut besuchten Einwohnerversammlung in Vockerode das Eingemeindungsansinnen wiederholt an unsere Stadt heran getragen. Es erging die Aufforderung an den anwesenden Landrat Dannenberg von Wittenberg die Gemeinden auszugliedern.

Es wurden einige Dinge mitgenommen für die gemeinsame Arbeit, z. B. was den ÖPNV betrifft, Wünsche, die man den Vockeroder Bürgern durchaus erfüllen kann, ohne dass eine Eingemeindung erfolgte. In dem schon zitierten Gespräch mit Landrat Dannenberg wurde auch ein Vertrag übergeben über die Beschulung der Vockeroder Kinder. Hier verzichtet unsere Stadt auf ein Gastschulgeld.

Die Vockeroder Bürger, respektive der Gemeinderat, wollen den Auskreisungs-antrag gegenüber dem Kreistag Wittenberg erneuern. Mit dem Landrat Dannenberg sei man so verblieben, man werde die Entscheidung des Landtages respektieren.

Das **Baugeschehen** betreffend, wurde folgendes berichtet:

Der Winter habe das Baugeschehen wesentlich beeinflusst, der Winterdienst hatte viel zu tun, dennoch habe alles ganz gut geklappt, so dass Herr Koschig an dieser Stelle den **Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtpflegebetriebes ein herzliches Dankeschön** sagte.

1. Seit dem März 2008 wird an der **künftigen Bahnhofstraße** gebaut. Durch den Wintereinbruch mussten die Bauarbeiten im Januar und Februar 2009 aus technischen Gründen ruhen. Nachdem der Westausgang des Hauptbahnhofes bis zum Jahresende im Rohbau fertig gestellt werden konnte, wurde mit der Montage der Überdachung des Vorplatzes und der Dachkonstruktion des Gebäudes am 16. Februar begonnen.
Wenn das Eisenbahnbundesamt die noch ausstehende Teilgenehmigung für Elekt-

arbeiten fristgerecht erteilt, können alle Ausbauarbeiten des Westausganges planmäßig fortgeführt werden, um eine Fertigstellung des Westausganges bis zum 08. Mai 09 sicherzustellen.

Unter erschwerten Bedingungen (durchweichter Boden) wurden am 02. März die Tiefbauarbeiten wieder aufgenommen. Die beauftragte Firma geht davon aus, dass alle noch erforderlichen Arbeiten in der 19. KW abgeschlossen sein können.

In dem Zusammenhang informierte Herr Koschig über ein Gespräch mit der nun ehemaligen Bahnmanagerin, Frau Rothenberger, die zwischenzeitlich von Magdeburg nach Leipzig versetzt wurde. Es sind im Vorfeld der IBA 2010 Maßnahmen in Vorbereitung zur Ertüchtigung unseres Hauptbahnhofes.

2. Ausbau B 185 (Orangeriestraße) / Knoten Am Hanfgarten / Anhalterstraße in Mosigkau und Neubau Bauwerk 24 im Zuge der B 185 in der Ortslage Mosigkau.

Am 05.12.2008 erfolgte eine Woche vor dem im Bauablaufplan vorgesehenen Termin die Verkehrsfreigabe der B185 in der Ortslage Mosigkau und somit der Wegfall der Vollsperrung und großräumigen Umleitung.

Die Restarbeiten im Bauumfeld die im Januar 2009 geplant waren, werden bis Ende März 2009 abgearbeitet.

Der zweite Bauabschnitt der Orangeriestraße von der Wullenbachbrücke bis zur Wiljamsstraße soll nach dem Abschluss der Bauarbeiten an der Justus-von-Liebig- und Wiljamsstraße ab Anfang Juli begonnen werden.

2.1. Ersatzneubau der Brücke BW 24 in Höhe Einmündung „Vor dem Rößling“

Die Arbeiten an der Fahrbahnbrücke sind abgeschlossen. Seit dem 05.12.2008 wird der Verkehr über das neue Bauwerk geleitet.

Die Baufirma befindet sich im Verzug, sie hätte mit allen Bauleistungen einschließlich der Fußgängerbrücke und der erforderlichen Anpassungsarbeiten des Gehweges und dem Einbau der Asphaltdeckschicht auf der Bundesstraße bis zum Jahresende 2008 fertig sein müssen.

Nach Beendigung der Schlechtwetterperiode wurde die Baufirma aufgefordert, die noch offenen Restleistungen umgehend abzarbeiten.

3. Bauhausplatz/ Gropiusallee

Die Arbeiten wurden am 25.02.2009 nach dem Winter wieder aufgenommen. Derzeit werden vorbereitende Arbeiten im Bereich Parkplätze ausgeführt. Eine Terminverschiebung wegen der Schlechtwetterperiode ist nicht notwendig, weil im Bauzeitenplan eine Winterpause eingerichtet war.

4. Bauhausstraße

Die notwendigen Baumfällungen wurden ausgeführt. Mit der Baumaßnahme wurde am 02.03.2009 am Knoten Hardenbergstraße/Bauhausstraße begonnen. Es erfolgen zuerst Medienverlegungen der DVV Stadtwerke (MW-Kanal, TW-Leitungen, Gasleitung, Datel).

5. Bauhausplatz

Die notwendigen Baumfällungen wurden ausgeführt. Mit der Baumaßnahme wurde am 09.02.2009 begonnen (Erdarbeiten) und musste bis Ende Februar witterungsbedingt wieder eingestellt werden. Zurzeit erfolgen Gasleitungsumverlegungen der DVV-Stadtwerke (1. Bauabschnitt-Ostseite des Bauhausplatzes).

6. Kreisverkehr am Finkenherd in Roßlau
Die Arbeiten wurden am 02.03.09 wieder aufgenommen und werden, durch die Winterpause verzögert, bis zum 30.04.2009 beendet sein. Die ausgewiesene Umleitungsbeschilderung bleibt somit weiter bestehen.
7. Kleine Marktstraße Roßlau
Die Baumfällarbeiten erfolgten termingerecht am 25.02.2009. Der Straßenausbau wurde am 02.03.2009 ebenfalls laut Vertrag begonnen und wird termingerecht bis 09.04 2009 andauern.
8. Marienstraße
Die öffentliche Ausschreibung und Vergabe der Bauleistung ist beendet. Die Auftragsvergabe der Leistung erfolgte an die Fa. STRABAG Dessau-Roßlau. Die Bauarbeiten sollen vom 06.04. bis 11.12.2009 ausgeführt werden. Die notwendigen Baumfällarbeiten wurden bereits ausgeführt. Nach Vorlage des Bauablaufplans der beauftragten Baufirma können in der nächsten Stadtratssitzung weitere Informationen zur Baurealisierung genannt werden.
9. Justus-von-Liebig-Straße in Mosigkau
Nach der am 03.03.09 durchgeführten Bauanlaufberatung sollen die Bauarbeiten ab 16.03.2009 beginnen. Es ist geplant einen Regenwasserkanal neu zu verlegen. Weiterhin sollen neben dem Neubau der Straße Gasleitungen und Energiekabel verlegt sowie eine neue Straßenbeleuchtung errichtet werden. Die Gesamtleistung soll laut Vertrag bis zum 30.06.2009 abgeschlossen sein.
10. Wiljamsstraße in Mosigkau
Mit den Bauarbeiten eines Regenwasserkanals, einer neuen Gasleitung, von Stromkabeln, einer Straßenbeleuchtung und der Straße selbst soll am 16. März 2009 begonnen werden. Der Abschluss aller Bauleistungen ist bis zum 30.06.2009 geplant.

Schulwesen

Am 25.2.2009 besuchten Mitglieder der Landtagsfraktion „Die Linke“ im „Bildungskonvent vor Ort“ die Grundschule Waldersee, das Walter-Gropius-Gymnasium und die Gesundheitsfördernde Ganztagschule Zoberberg. Als Vertreter der Stadt nahm Herr Wolfram an der Diskussionsrunde im Gymnasium Philanthropinum teil.

Die Gesundheitsfördernde Ganztagschule Zoberberg belegte am 26. Februar 2009 im Bundeswettbewerb „Starke Schulen“ im Land Sachsen-Anhalt den 1. Platz und den 3. Platz belegte die Ganztagschule „An der Biethe“

Kultur, Tourismus, Sport

Am 8. März ist das 17. Kurt Weill Fest erfolgreich zu Ende gegangen. Bei erheblich höheren Platzkapazitäten als in den Vorjahren konnten über 90 % der Karten verkauft werden. (2009: 11.165 Plätze – Verkauf von über 10.000 Karten).

Ein besonderer Höhepunkt war Artist in Residence – Nils Landgren, Posaunist aus Schweden. Insgesamt waren über 340 Künstler aus 11 Ländern an 20 Spielstätten bei 41 Veranstaltungen in Dessau-Roßlau und der Region dabei.

Seinen Dank richtete Herr Koschig an die Kurt Weill Gesellschaft und den Intendanten Herrn Birnbaum und sprach ihm an dieser Stelle alle guten Wünsche für seine neue Aufgabe als Intendant der Händelfestspiele in Halle aus. Für die Nachfolge ist eine Ausschreibung erfolgt und die Findungskommission tagte auch bereits am 6. März.

Tourismus

Im Ferienmagazin Deutschland 2009, das von der Deutschen Zentrale für Tourismus auch in Österreich und der Schweiz vertrieben wird, ist die Stadt Dessau-Roßlau mit touristischen Angeboten gleich mehrfach vertreten:

- Innerhalb der Marketingkooperation „Stadtsprung – Städte zwischen Harz und Elbe“ lädt Dessau-Roßlau ein, die Bauhausbauten, das Gartenreich Dessau-Wörlitz und das Biosphärenreservat Mittelelbe zu besuchen.
- Unter dem Thema „Klänge, Thesen und Gedenken“ wird für das Kurt Weill Fest geworben.
- Das Gartenreich Dessau-Wörlitz wird unter der Rubrik „Schlösser, Parks und Blütenpracht“ hervorgehoben.

Sport

Die 15. Auflage des Internationalen Allianz-Pietrek-Cup für Mannschaften der E-Junioren fand Ende Januar in der Anhalt Arena Dessau mit 24 Mannschaften statt.

Am 1. März 2009 fand traditionell, zum achten Mal, das internationale Springermeeting in der Anhalt Arena in den Disziplinen Stabhochsprung Männer und Hochsprung Frauen statt.

Damit ist Dessau-Roßlau mit diesem Springermeeting und mit dem Internationalen Leichtathletikmeeting im Paul-Greifzu-Stadion, das in diesem Jahr am Dienstag, den 2. Juni 2009 stattfindet, bestens aufgestellt.

Wie bereits der Presse zu entnehmen war, musste der SV Dessau 05 am Montag Insolvenz anmelden, führte Herr Koschig weiter aus. In einer Sondersitzung hat heute der Aufsichtsrat der DVV beschlossen, den Verein bei der Abwendung der Insolvenz zu unterstützen und hat hier eine Option auf 40 T€ zugesprochen.

Allgemeines

Am 3. Februar 2009 fand in der Marienkirche der Festakt anlässlich des 150. Geburtstages von Professor Hugo Junkers - eingebettet in die Festwoche statt. Diese Festwoche wurde vom Förderverein Technikmuseum „Hugo Junkers“ durchgeführt und fand eine große Resonanz und internationales Presseecho.

Die Gesundheitsinitiative der Barmer Ersatzkasse unter der Schirmherrschaft des OB unter dem Motto „Deutschland bewegt sich – Dessau-Roßlau macht mit“ lädt ein, am 8.4.2009 in den Ratssaal zu einer Kick-off-Veranstaltung. Die eigentliche sportliche Veranstaltung wird in der Zerbster Straße am 21. und 22. August 2009 stattfinden.

Seinen Dank richtete Herr Koschig an die Karnevalsvereine, die trotz widriger Wetterbedingungen einen tollen Umzug mit vielen „Schaulustigen“ organisiert haben.

Der Brauhaus-Verein wurde als einer der 365 Orte – Land der Ideen - ausgezeichnet. Dazu fand am 26.02.2009 eine Würdigung statt. Unsere Stadt werde noch ein zweites Mal in diesem Jahr einen solchen Tag begehen können, da am 5. Mai die Hautklinik des Städtischen Klinikums dem Brauhaus-Verein folgt.

10. Jahre Internationaler Masterstudiengang Membrane Strukturen wurde in der Hochschule Anhalt am 08.März 2009 begangen, wozu auch ein Empfang und eine erste Vorlesung für das neue Semester statt.

Am 04. März besuchte der Minister der Finanzen unseres Landes, Herr Bullerjahn, unsere Stadt. Der Besuch war seit längerem vereinbart und bekam eine große Aktualität durch das Konjunkturprogramm 2 des Bundestages.

Inzwischen liegt der Stadt ein Bescheid über eine Pauschale von 1,67 Mio. EUR, verteilt auf zwei Jahre, vor. Die restlichen Mittel, welche Dessau-Roßlau zur Verfügung gestellt werden, werden über Programme ausgereicht. Dazu sind die Anmeldungen erfolgt und in der Verwaltung wurde eine Prioritätenliste erarbeitet. Es gingen noch Anforderungen für spezielle Fördertöpfe ein. Auch hier werde versucht, entsprechend zu reagieren und Anträge wurden gestellt. Heute erfolgte eine Verständigung über die haushalterische Absicherung der erforderlichen Eigenmittel in Höhe von 12,5 %. Ziel ist nach wie vor die Eigenwirtschaftung.

Abschließend informierte Herr Koschig über die im Berichtszeitraum stattgefundenen zwei Antrittsbesuche beim Oberbürgermeister:

- Kirchenpräsident Liebig, der zum Jahresbeginn seine Tätigkeit für die Evangelische Landeskirche in unserer Stadt aufgenommen hat, und der
- Direktor der Stiftung Bauhaus, Prof. Philipp Oswald, der am 1. März seine Tätigkeit aufgenommen hat.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Oberbürgermeister Koschig informierte, in der Sitzung am 21.01.2009 wurden

- die Abführung von Zinserträgen beschlossen,
- ein Vergabebeschluss abgesetzt und
- eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Erhöhung des Haushaltsansatzes 2008 im Sammelnachweis 1 zur Kenntnis genommen.

5. Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1 Abbruch Teilbereich Schulzentrum an der Rossel in 06862 Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/006/2009/VI-65

Herr Krüger, Fraktion Die Linke, merkte an, ein solcher Beschluss, inklusive der Abriss der Turnhalle in Roßlau sei s. E. falsch. Die Mittel für den Abriss der Turnhalle hätte man auch anderweitig investieren können. Der Verein, dessen Vorsitzender er ist, kämpfe derzeit um einen Sozialtrakt für die Wassersportler, für die Ruderer und Kanu-

ten, deshalb wisse er, wie viel Kraft und Aufwand es koste, das notwendige Geld dafür zusammen zu bekommen. In dieser Richtung brauche man auch Unterstützung von der Stadt, worum es aber jetzt nicht gehe. Man lege mit dem Abriss der Turnhalle leichtfertig etwas beiseite, was dem Kinder- und Jugendsport sowie dem Erwachsenensport noch viele Jahre nützen könnte. Hinzu komme, es gebe in Roßlau eine große Halle, wo alle sagen, hier könne man alle Ballsportarten wunderbar ausführen. Fakt sei aber, dass diese Halle unter der gegenwärtigen Belastung leidet. Die Giebelseiten der Halle seien für Ballsportarten nicht ausgerüstet und werden ständig zerstört. Für den Erhalt der alten Halle an der Rosselschule seien nicht genug Anstrengungen unternommen worden.

Die Entscheidung sei noch in Roßlauer Zeit gefallen, weshalb er als ehemaliger Bürgermeister der Stadt Roßlau spreche, erklärte **Herr Koschig**. Man könne immer sagen, dass nicht genügend gemacht worden ist, wenn es zu einem solchen Ergebnis kommt. Es habe eine Vielzahl von Gesprächen und Bemühungen, auch Anträge von Vereinsseite, gegeben, die Halle weiter zu nutzen. Es sei aber nicht gelungen, ein tragfähiges Konzept zu erstellen. Seit Abgabe der Turnhalle an den Landkreis Anhalt-Zerbst bis zur Rücknahme durch die kreisfreie Stadt wurde nichts durch den Landkreis investiert und es gab einen hohen Investitions- und Instandhaltungsstau. Durch die Abkopplung der Fernwärmeversorgung durch den Landkreis - dieser habe damals allen Stadtwerken im Landkreis gekündigt und ein Contractingmodell für alle Einrichtungen eingeführt - hätte es auch eine komplette neuen Heizungsanlage geben müssen, was durch die Stadt Roßlau und auch durch einen privaten Interessenten nicht zu schultern war.

Somit habe man letztlich, auch auf der Grundlage des Nachweises des Kulturamtes, dass die Nachfrage bzw. Bedarf mit den noch vorhandenen Hallen abgedeckt werden kann, die Entscheidung getroffen, sich von der Turnhalle zu trennen. Diese Entscheidung sei nicht leicht gefallen, denn wenn man sich den goldenen Plan Ost anschau, haben wir natürlich viel zu wenige Turnhallen, insofern gebe er Herrn Krüger Recht. Diese sehr schwere Entscheidung habe man sich aber nicht leicht gemacht.

Wenn schon der Stadtrat Krüger eine solche Option für möglich hält und wir wissen, dass es um die Sportstätten gerade unter dem Gesichtspunkt der neuen Stadt nicht besonders bestellt ist, sei doch, sofern der Abbruch noch nicht begonnen hat, vielleicht die Möglichkeit gegeben, dass sich der Ortschaftsrat zusammen mit dem Bauausschuss diesbezüglich neu befindet, regte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an. Wenn der Ortschaftsrat die Turnhalle abgerissen haben möchte, sollten sie sich heute klar artikulieren, denn er sehe in diesem Zusammenhang Diskussionsbedarf. Man hatte mit dieser Informationsvorlage keine Einflussnahme. Insofern bitte er die anwesende Ortsbürgermeisterin von Roßlau, Frau Müller, um ein entsprechendes Statement.

Frau Müller, Ortsbürgermeisterin von Roßlau, entgegnete, da sie ohnehin gleich sprechen werde, wenn sie das Wort erhalte, könne sie entsprechende Ausführungen dazu machen.

5.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Zunächst meldete sich **Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, bezüglich der Verwaltungsdirektorin des Städtischen Klinikums zu Wort. (*Dieser Redebeitrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.*)

Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner**, dankte Herrn Dr. Neubert für die zu 100 % treffenden Worte. Er werte den Applaus des gesamten Stadtrates als einen akustischen Beitritt sämtlicher Stadträte zu den gemachten Ausführungen. An Frau Süßmilch gewandt, legte Herr Dr. Exner dar, der Stadtrat stehe voll hinter ihr.

Frau Süßmilch, Verwaltungsdirektorin des Städtischen Klinikums, bedankte sich für die Worte und erklärte, sie werde weiter dafür kämpfen, damit das Krankenhaus weiter wächst und gedeiht.

Die Fraktion Die Linke werde natürlich der Erklärung von Herrn Dr. Neubert beitreten, betonte **Herr Schönemann**. Es gebe auch ein paar Aspekte im Zusammenhang von kommunalem Eigentum, die ihn bewegen. Die sich abzeichnende Vorgehensweise, insbesondere gegen Frau Süßmilch wirft Fragen auf, a) steht die Vorgehensweise erheblich im Zwielficht, b) gibt es Hintergründe, welche auszuleuchten und mit entsprechenden Antworten zu versehen sind. Dies habe Herr Dr. Neubert an dieser Stelle auch versucht. Er sprach Frau Süßmilch seine Hochachtung aus und betonte, sie könne immer auf seine Fraktion zählen.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, erklärte, treffender als von Dr. Neubert ausgeführt, konnte man das nicht sagen. Die Fraktion schließe sich dem völlig an und versichere Frau Süßmilch vollste Unterstützung. Für ihre sehr gute Arbeit sprach er Frau Süßmilch den Dank aus.

Des Weiteren erklärte Herr Eichelberg, es stimme nicht immer, was in den Medien steht oder was berichtet wird, weshalb er den Bericht der MZ als auch des mdr über das Jagdschloss Königendorf in Frage stelle. Er erbat dazu von der Verwaltung den neuesten Stand. Wenn die Kommune die Möglichkeit hätte, dieses Schloss zu bekommen, könne er sich nicht vorstellen, dass es abgerissen werden soll. Er bat um eine Stellungnahme seitens der Verwaltung.

Man befinde sich mitten im Prozess, erwiderte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Tourismus**. Man habe erfahren, dass dieses Grundstück im letzten Jahr von der LIMSA verkauft wurde und dass dort ein unhaltbarer Zustand herrscht. Man wolle dort wieder die Hoheit bekommen, so dass wir Kontakt mit der LIMSA und dem Eigentümer aufgenommen haben. Da man nach wie vor an das Grundstück kommen will, müsse das Verhältnis zwischen der LIMSA und dem Eigentümer geklärt werden. Der Eigentümer ist noch nicht im Grundbuch eingetragen. Hier gebe es noch Schwierigkeiten, worüber er aber jetzt nicht berichten wolle, da es sich um ein laufendes Verfahren handelt. Was in der Zeitung steht, stimme so nicht. Es wurden im Moment noch keine Beschlüsse gefasst, hier abzubrechen oder sonst irgendetwas zu tun, sondern es gehe jetzt um Planungshoheit.

Aufgrund des Zeitungsartikels war in der Kochstedter Bürgerschaft eine rege Diskussion entstanden, merkte **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, an. Es war Thema im Ortschaftsrat und im Vorstand des Heimatvereins. Der Bürger frage sich, wie es zu diesem Zustand kommen konnte. Leider ist der Ortschaftsrat für diese Immobilie aufgrund der Örtlichkeiten nicht zuständig und der Heimatverein habe möglicherweise auch etwas anderes zu tun. Wie schon gesagt wurde, sind die Eigentumsverhältnisse zurzeit ungeklärt, dass die Stadt wenige Handlungsmöglichkeiten hat. Wenn aber vor kurzem eine Teilungsmessung stattgefunden hat und sich die Berufsfeuerwehr dort auch sehen las-

sen hat, vielleicht um Sicherungsmaßnahmen durchzuführen, könne er davon ausgehen, dass das früher oder später in Eigentum der Stadt übergeht. Er bitte heute schon um eine schriftliche Stellungnahme dazu und einen Standpunkt der Stadt, wie das denkmalgeschützte Jagdschloss erhalten werden kann. Der Zustand mache keinen Abriss notwendig. Da er den Auftrag vom Ortschaftsrat und auch vom Heimatverein in Kochstedt habe, bitte er um eine schriftliche Beantwortung in den nächsten Wochen.

Oberbürgermeister Koschig erklärte, die Stadt sei, außer dass sich das Jagdschloss Königendorf in ihrer Gemarkung befindet und sie quasi territorial damit zu tun hat, als untere Behörde für die Ordnung usw. zuständig und habe sonst überhaupt nichts damit zu tun. Es sei interessant, dass man immer dann, wenn irgendwo in diesem Land so richtig etwas den Bach heruntergeht, nach der Kommune schreit. Vorher wurde sie nicht gefragt. Die LIMSA habe nicht gefragt, ob sie das an die Bürgerin verkaufen kann.

In der Dienstberatung der Verwaltungsspitze habe man sich ausführlich dazu verständigt, wie wir über die Mitwirkung in verschiedenen Gremien an Informationen kommen, um frühzeitig Möglichkeiten auszuschöpfen, schon rechtzeitig reagieren, Maßnahmen einleiten und Konzepte entwickeln zu können. Alles das passiere hinter unserem Rücken. Selbst wenn Konzepte entwickelt werden, wie z. B. beim Wasserübungsplatz an der Roßlauer Schlangengrube, wo alle Beteiligten die Planungsabsichten der Stadt kennen und zum Schluss dann die BIMA an irgendeinen verkauft, der dann zwar das höchste Angebot hat, und hinterher noch nicht einmal weiß, was er damit machen soll, sehen dann alle wieder auf die Stadt und sagen „mach mal“. Wir können keine Stellungnahme abgeben. Man könne mitteilen, was man machen könnte, woran man momentan arbeitet, welche Maßnahmen eingeleitet werden. Um tätig werden zu können, müsse man das Objekt kaufen. Dann rede man gleich wieder über Geld und auch über die Sicherung und den Erhalt des Denkmals.

Herr Koschig fände es toll, wenn man es erhalten könnte, aber man rede über Geld im Rahmen der Haushaltskonsolidierung. Seine Bitte wäre, die Verantwortung der LIMSA darzustellen und dass die LIMSA nicht einfach so ohne weiteres aus der Verantwortung für die Entwicklung des Schlosses Königendorf entlassen wird. Es dürfe auch erlaubt sein, das Land aufzufordern, das Ding erst einmal wieder selbst in Ordnung zu bringen, bevor man die gesamte Verantwortung immer wieder auf die Stadt schiebt.

Es war keine Schuldzuweisung in der Sache, erwiderte **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**. Man kenne die Problematik und er wollte das nur angesprochen haben. Er nehme die Worte des Oberbürgermeisters mit in den Ortschaftsrat und in den Heimatverein. Er habe auch in der gleichen Richtung diskutiert, es gebe aber immer Menschen, die es besser wissen. Ihm sei bekannt, dass die Stadt im Moment keinen Handlungsbedarf hat. Die Aussagen stehen im Protokoll, so dass der Standpunkt der Stadt dort nachvollziehbar ist.

Frau Müller, SPD-Fraktion, ging zunächst auf das Thema Klinikum ein und erklärte, Herr Bierbaum, Herr Dr. Neubert und sie seien die Personen, die seit 19 Jahren im Klinikausschuss tätig sind. Es habe immer Vertrauen geherrscht: Man stehe zu Frau Süßmilch, dessen könne diese sich bewusst sein.

Auf ihre eigentliche Wortmeldung zurückkommend, überreichte Frau Müller dem Oberbürgermeister einen Orden des Karnevalklubs Calpe und den Orden der Stadt Calpe.

Des Weiteren übergab sie dem OB im Namen von Herrn Holger Platz, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Dessau, welcher in diesem Jahr Karnevalsprinz von Gelb-Rot ist, ein Bild.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies zunächst darauf, dass auch seine Fraktion eindeutig hinter dem Klinikum stehe. Man sollte die dort geleistete Arbeit nicht gering schätzen, sondern man habe eine große Hochachtung davor. Als Stadtrat sollte man überlegen, wie man auf dieses Urteil, was auch mit einem finanziellen Beitrag verbunden ist, als Stadt reagiert. Das wäre ein Thema, was man im nichtöffentlichen Teil bereden könne.

Bezüglich des Schlosses Königendorf richtete er sich an die Kochstedter: Ein Denkmal könne man gut erhalten, wenn man eine Nutzung habe. Man habe gute Erfahrungen mit bürgerschaftlichem Engagement, hier nannte Herr Dr. Schmidt den neuen Wasserturm, das Schwabehaus, die Schultheiss-Brauerei, die alte Dorfschule in Sollnitz. Wenn es da eine Möglichkeit gibt, dass ein bürgerschaftliches Engagement aus dem Ortsteil kommt und dort wirksam werden kann, sei es für die Stadt leichter, mit der LIMSA über einen Rückkauf oder überhaupt über einen Kauf zu verhandeln.

Herr Dr. Schmidt bezog sich weiterhin auf das letzte Amtsblatt, in dem seitens der Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM die Art und Weise der Öffentlichkeitsarbeit und da namentlich der Bauhausplatz in Frage gestellt wurde. Er wolle grundsätzlich einmal sagen, dass Öffentlichkeitsarbeit nicht demokratisch gefasste Beschlüsse des Stadtrates und seiner Ausschüsse und auch nicht die Ergebnisse eines internationalen Architektenwettbewerbes infrage stellen kann. Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit ist es, die Planungen zu begleiten, zu vermitteln und auch zu moderieren. Das genau sei geschehen. Es gibt eine wesentliche Überarbeitung des Bauhausplatzes. Dieser werde ganz anders gestaltet als er ursprünglich da war. Es wäre sehr schön gewesen, wenn die Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM in den zuständigen Ausschüssen und auch hier im Stadtrat mit uns gemeinsam eingetreten wäre. Herr Giese-Rehm habe damals die Diskussion aufgemacht für den Erhalt der Bäume am Seminarplatz. Leider sei in beiden Protokollen nichts davon zu sehen. Man hätte damals gemeinsam für eine andere Lösung streiten können, was nicht stattgefunden habe. Es sollte früher überlegt werden, ob man andere Lösungen hinbekommt. Er habe Herrn Möbius beim letzten Kurt-Weill-Fest getroffen und gesagt, wenn er das nächste Mal die Auftragssumme seines Büros haben will, könne er ihn getrost anrufen und er zeige dann, was von den beschlossenen Aufträgen wirklich bei uns im Büro geblieben ist, um hier keine Irritationen aufkommen zu lassen.

Frau Lohde, CDU-Fraktion, gab eine persönliche Erklärung ab: „Am 19.01. 2009 wurde ich aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen. Begründet hat der Fraktionsvorsitzende meinen Ausschluss mit meinem Antrag, den ich in der Dezembersitzung des Stadtrates einbrachte. Der lautete, die Stadt Dessau-Roßlau möge beschließen, künftig keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verwenden. Diese Initiative aus der Arbeitnehmerschaft der CDU wurde im Oktober 2008 auf dem CDU-Bundesparteitag zu einer Initiative der gesamten CDU erklärt und inzwischen haben sich bereits viele Kommunen der Initiative angeschlossen. Wenn sich möglichst viele Kommunen so fair verhalten, wird dieses Wirkung entfalten und ist daher Baustein zur Herstellung der Würde dieser Kinder. Es betrifft nicht einige sondern Millionen. Gleichzeitig schützt es unsere einheimischen Firmen und Arbeitsplätze vor Dumpinglöhnen. Ich habe es also als meine

Pflicht angesehen, meinem Amtseid entsprechend diesen Antrag einzubringen. Und deswegen aus der Fraktion ausgeschlossen zu werden ist ein unglaublicher Vorgang und genau solche Vorgänge machen die Parteien für den Bürger immer weniger wählbar. Als Stadträtin biete ich weiterhin allen Bürgern und Vereinigungen die konstruktive Zusammenarbeit an. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Knop, DVU, bezog sich auf die Veranstaltungen am 7. März in Dessau-Roßlau und wertete diese und deren Inhalt vom Standpunkt der DVU.

Die **Ausführungen** wurden von Herrn Dr. Exner **mit dem Hinweis unterbrochen**, dass es im **Tagesordnungspunkt** um allgemeine Anfragen und Informationen geht.

Fortfahrend erwiderte Herr Knop, er wolle eine allgemeine Information mit zwei Fragen zur Kenntnis geben, die er anschließend an die Stadtverwaltung stellen möchte. Er ging weiter auf eine Veröffentlichung der MZ vor einigen Tagen ein, in der Herr Gebhardt äußerte, es sei eine Schande, dass die DVU im Stadtrat von Dessau-Roßlau vertreten sei. Hierauf könne er nur entgegnen, er fühle sich geehrt, aber er empfinde es seinerseits als Schande, wenn Herr Gebhardt als Demokrat nicht bereit ist, den Wählerwillen in unserer Stadt zu akzeptieren.

Herr Knop stellte an den Oberbürgermeister die Frage, wie viel Geld aus dem Stadthaushalt und von der Sparkasse für die Vorbereitung und Durchführung der Kundgebungen am 7. März eingesetzt wurde, wie viele Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Rahmen von Störungen und Gegendemonstrationen festgestellt wurden und wie es in das Bild unserer Stadt passt, dass, wie die Mitteldeutsche Zeitung sogar berichtet hat, eine überhaupt nicht angemeldete Lautsprecheraktion an der Marienkirche stattfand, die von Ordnungskräften erst untersagt werden musste.

Eine Antwort erfolge schriftlich, erwiderte **Oberbürgermeister Koschig**. Er merkte aber an, dass sämtliche Kosten für diesen Tag von Unternehmen der Stadt Dessau-Roßlau getragen wurden.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, betonte, Herr Knop müsse zur Kenntnis nehmen, dass die Bürger dieser Stadt diese Aufmärsche nicht haben wollen und die Stadträte dem Oberbürgermeister den Rücken stärken, wenn er mit Dienstaufsichtsbeschwerden überzogen wird, warum auch immer. Man wolle nicht eine solche Art von Gedenken, weil die Zerstörung unserer Stadt Dessau-Roßlau ein Ergebnis der nationalsozialistischen Machtpolitik sei. Zunächst wurden Antifaschisten aller Art inhaftiert, dann brannten die Synagogen, dann brannte Guernica, dann wurden die russischen und englischen Städte in Schutt und Asche gelegt und zum Schluss schlug der Krieg nach Deutschland zurück. Er bat Herrn Knop, von solch einem Geschichtsrevisio-nismus Abstand zu nehmen.

Herr Pohl, CDU-Fraktion, erklärte, wenn er die demagogischen Worte von Herrn Knop höre, ist er im Widerstreit der Gefühle, ob eine Fernsehübertragung in die Haushalte erfolgen soll. Wenn ja, werde das Ergebnis sein, dass im nächsten Jahr zum 7. März ein paar Tausend Leute mehr gegen die braunen Truppen demonstrieren, die hier durch die Stadt marschieren sind. Herr Knop habe in diesem Hause keinerlei Unterstützung mit dieser Anschauung und bekomme sie auch nicht.

Des Weiteren habe Herr Dr. Exner schon zum Ausdruck gebracht, dass die Anerkennung der Arbeit von Frau Süßmilch durch den gesamten Stadtrat getragen wird. Da alle dazu gesprochen haben, wolle auch er betonen, dass sich die CDU-Fraktion sich ausdrücklich der Anerkennung der Leistung von Frau Süßmilch anschließt. Er sage deutlich, das Klinikum, auf das wir alle zu Recht sehr stolz sind, wäre nicht das Klinikum, wenn Frau Süßmilch nicht so engagiert wirken würde. Er freue sich sehr, dass sie trotz dieser herben Strafe wieder Mut gefasst hat und ungebrochen ihre Tatkraft zur Verfügung stellt. Dazu herzlichen Glückwunsch. Sie könne sich der Unterstützung der CDU-Fraktion jederzeit gewiss sein.

Es habe sich aktuell ein weiterer Punkt ergeben, führte Herr Pohl aus. Auf die Darstellung des ehemaligen CDU-Fraktionsmitgliedes, Frau Lohde, eingehend, stellte er fest: Aus zwei Halbwahrheiten werde noch lange keine Wahrheit. Man sollte hier nicht mit Halb- und Unwahrheiten arbeiten. Es habe keinen Sinn, hier irgendetwas zu suggerieren, was überhaupt nicht der Hintergrund der ganzen Geschichte ist. Er wolle hier nicht Fraktionsinternes darlegen. Was als Begründung angeführt wurde, sei schlicht und einfach gelogen. Es habe eine deutliche Fraktionsmehrheit gegeben, was ein schmerzlicher Prozess sei. Sie alle wissen sicher, dass es als Fraktionsvorsitzender keinen Spaß macht, so etwas zu sagen, aber man müsse es tun. Es sei mit Sicherheit ein sehr schwerwiegender und Aufsehen erregender Vorgang, der nicht alle Tage vorkommt und wo man sehr lange überlegt. Wenn viele erwachsene Menschen lange diskutieren und im Ergebnis der Diskussion unter Abwägung aller möglichen Für- und Widergesichtspunkte zu diesem Entschluss kommen, könne man davon ausgehen, dass das verantwortungsbewusst, unter Berücksichtigung aller Tatsachen stattgefunden hat. Er weise ganz ausdrücklich diese verleumderische Darstellung von Frau Lohde zurück, was er auch im Protokoll stehen haben wolle.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, legte dar, er habe einen Vorschlag zu machen. Wenn es bei der Verwendung von Mitteln aus dem Konjunkturpaketen noch Möglichkeiten gibt, auch mit an Private zu denken, sie einzubinden etwa bei Projekten zur Erweiterung der Produktion aus Sonne Strom zu gewinnen, sei man mit der Zustimmung dieses Hauses für solche Projekte, um Dachflächen der Stadt auch einzusetzen, auf einem guten Weg. Das könnte u. U. auch eine Möglichkeit für Königsdorf sein.

Weiterhin verwies er auf den Hochwasserbericht, den er heute erhalten habe. Aus der E-Mail sei nicht ersichtlich, ob dieser Bericht auch an die berufenen Bürger des Hochwasserausschusses gegangen ist, worum er mehrfach gebeten habe. Er bitte darum, dies dringend nachzuholen und den Bericht frühzeitiger zu geben.

Herr Giese-Rehm verwies weiterhin darauf, dass in der Zeitung zweimal berichtet wurde über Probleme, die allgemein im Land, aber speziell auch in Dessau bei dem Erreichen des Abschlusses der Sekundarschulen zu verzeichnen ist. Eine Schule in Dessau ragt landesweit heraus, wozu es sicherlich Begründungen gebe. Er bat dringend darum, dass die Begründungen dargestellt werden, damit in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck entsteht, dass es um Dessau besonders schlecht bestellt ist. In dem Zusammenhang sei der Schulentwicklungsplan zu erwähnen, der in Überarbeitung ist und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kultur-, Bildungs- und Sportausschusses kommt. Er bitte zum Schulabbrecherprogramm bzw. Schule/Sozialarbeit etwas zu sagen.

Herr Schneider, Leiter des Amtes 37, erinnerte daran, dass man sich so verständigt hatte, dass die Mitglieder des Hochwasserausschusses den Bericht immer nach der Stadtratssitzung erhalten. Deshalb werde der Bericht morgen früh an diese gesandt.

Er danke Herrn Giese-Rehm für die Anregung, erklärte **Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales**. In der Tat sei der hier entstehende Eindruck nicht ganz der, der sich in der Realität in dieser Schule abzeichnet. Es werde immer Schulen geben, die sich mit besonderer Zuwendung problematischen Schülern widmen. Dennoch werde der Erfolg sich nicht so einstellen. Wir haben eine solche Schule und mit Herrn Wolfram wurde verabredet, dass wir, insbesondere um dem Kollegium in dieser Schule den Rücken zu stärken, vor Ort diese Pressemitteilung und diesen ominösen Bericht, der ja nie veröffentlicht wurde, auszuwerten. Man habe hier eine Verpflichtung dazu, denn es könnte der Eindruck entstehen, obwohl der Schulträger für eine hervorragend ausgestattete Schule gesorgt hat, ist es dennoch nicht möglich, in dieser Schule erfolgreiche Absolventen zum Abschluss zu bringen. Das wolle man gemeinsam mit den Stadträten klären. Im nächsten Kulturausschuss werde man sich dazu äußern.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

6. Einwohnerfragestunde

Herr Heidenreich bezog sich auf ein Bauprojekt, welches am 4. April in der Marienstraße beginnen soll. Er stellte diesbezüglich die Frage, wo man mit den Pkw bzw. wenn jemand umzieht, mit dem Möbelwagen hin soll.

Bei einem grundhaften Ausbau einer Straße werden sicher Einschränkungen auftreten, erwiderte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**. Vor Beginn werden den Bürgern Informationen zugehen. Bei Aktionen, wie bspw. Umzügen, müssen vorher Absprachen erfolgen. In Zusammenarbeit mit dem Baubetrieb finde sich auch immer eine Lösung. Zur grundsätzlichen Problematik, wie Parkflächen, werden die Bürger informiert.

Aktuelle Stunde zum Thema Bauhausstadt Dessau

Eingangs informierte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, über den Ablauf der seitens der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen beantragten Aktuelle Stunde. Gemäß Geschäftsordnung soll die Aktuelle Stunde 45 Minuten nicht überschreiten. Die Redezeit beträgt max. 5 Minuten, Anträge dürfen nicht gestellt werden, Abstimmungen dazu finden nicht statt.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, man habe die Aktuelle Stunde gemäß § 7 Abs. 4 der Geschäftsordnung beantragt. In seiner Begründung führte er aus, im Frühjahr 2005 gab es eine Bürgeranhörung in der Stadt Dessau und in der Stadt Roßlau und einen Bürgerentscheid zur Fusion der beiden Städte zur Doppelstadt Dessau-Roßlau. Nachdem die Bürgerschaften entsprechende Beschlüsse gefasst hatten, wurde der Fusionsvertrag am 20. Juni 2005 vom damaligen Oberbürgermeister Otto und vom damaligen Bürgermeister Koschig unterzeichnet.

Der in der aktuellen Diskussion und in diversen Veröffentlichungen von verschiedenen Stadträten geäußerte Wunsch zur Änderung des Stadtnamens Dessau-Roßlau in Bau-

hausstadt Dessau, sorgt nicht allein im Stadtteil Roßlau für Irritationen und wirft Fragen zum Umgang und zum Wert der im Fusionsvertrag geregelten Vereinbarungen auf. Mit der heutigen Diskussion erhoffe man eine Versachlichung der Debatte und das Abstecken einer gemeinsamen Arbeitsrichtung. Im Zusammenhang mit der Fusion wurden insbesondere von Dessauer Seite immer wieder die Gleichberechtigung der beiden Stadtteile und ein Wirken auf gleicher Augenhöhe markiert. Es sei unstrittig, dass der Name Dessau-Roßlau für viele Roßlauer ein wesentliches Argument war, für die Fusion zu stimmen. Wenn nun, mit welchem Argument auch immer, versucht wird, den Namen Dessau-Roßlau zu ersetzen, sei das für ihn ein klarer Wortbruch.

Grundsätzlich sei es richtig, sich über die Bedeutung des Bauhauses und die Würdigung in unserer Stadt Gedanken zu machen. Es gehe aber nicht darum, den Mythos Bauhaus auszugestalten, sondern eine zeitgemäße Interpretation und Fortschreibung der Bauhausideen vorzunehmen. Dabei ist das Bauhaus als Teil der Moderne in Architektur, Kunst, Design, Musik, aber auch der Industrie, Stichwort Junkers, neu zu definieren und durch aktuelle Entwicklungen gedanklich fortzuschreiben. Hier ist eine gehörige Portion Arbeit notwendig, damit die Bauhausstadt nicht zum Potemkinschen Dorf, einem Marketingartikel ohne Basis, wird. Wir müssen zunächst über Inhalte sprechen und eben nicht über den Namen. Es gehe weiterhin um städtebauliche Qualität im öffentlichen Raum, um Prozessqualität bei der Vermittlung unserer Ideen, um Architekturqualität. Wir sollten uns bspw. verständigen, bei allen öffentlichen Bauvorhaben architektonische Wettbewerbe durchzuführen und die beste Architektur und die höchste Gestaltqualität in unsere Stadt zu holen. Leider haben im Haupt- und Personalausschuss sowie im Finanzausschuss im November 2008 jeweils nur 2 Mitglieder der beiden Ausschüsse einer solchen Vorlage der Verwaltung zugestimmt. 7 Stadträte haben dagegen die Vorlage abgelehnt. Wir müssen also bei uns selber anfangen. Es handelt sich bei der Bauhausstadt folglich um ein strategisches Projekt, das kontinuierlich und mit Stringenz und Beharrlichkeit von uns verfolgt werden muss.

Die Idee Bauhausstadt muss zunächst in der Stadt ankommen. Sie muss die Herzen und Hirne unserer Menschen erreichen. Das Thema Bauhausstadt bedarf Besonnenheit und kontinuierlicher Arbeit an und in der Stadt. Voreilige Beschlüsse zur Namensänderung sind wenig hilfreich. Er wolle mit großer Sorge auf die Gefahr hinweisen, dass eine überhastete Entscheidung mit Sicherheit nach hinten losgehen wird. Was finden denn die Reporter der Weltpresse Außergewöhnliches in unserer Stadt vor, den Brunnen auf dem Marktplatz, die im Stil der neuen Niedlichkeit sanierten Plattenbauten, manch glatte Wände Einheitsbrei, vom Abriss bedrohte Junkersbauten? Sicher, das sind die Bauhausbauten, wo man viel Geld hineingesteckt habe. Das neue Umfeld vom Bauhaus wächst. Zu nennen wäre das schön sanierte AOK-Gebäude, die Stadtschwimmhalle, das bürgerschaftliche Engagement in der Schultheiss-Brauerei, das Schwabehaus und vieles andere. Nehmen wir uns die Vision Bauhaus vor. Nennen wir das Projekt Bauhausstadt 2019. Zum 100. Gründungsjubiläum des Bauhauses können wir es schaffen, die Stadt zur Bauhausstadt werden zu lassen.

Frau Müller, Ortsbürgermeisterin von Roßlau, ging zunächst auf die Frage von Herrn Stadtrat Krüger bezüglich des Abrisses der Turnhalle in Roßlau ein. Sie verwies ebenfalls darauf, dass diese Turnhalle 1973 gebaut worden ist und von Seiten des damaligen Kreises nicht mehr investiert wurde. Seit der Fusion im Jahr 2007 stehe die Halle frei. Man habe in Roßlau die Elbe-Rosel-Halle als Turnhalle und für andere Veranstaltungen. Da das Gymnasium, welches die Nutzung hatte, immer kleiner geworden ist,

habe man Kapazitäten zur weiteren Nutzung des Sportbetriebes und im Freizeitsport. Bei einem vernünftigen Konzept könne man viele Dinge unterbringen.

Zurück kommend auf das Thema Bauhausstadt Dessau erklärte Frau Müller, der Ortschaftsrat Roßlau musste mit Erstaunen und Entrüstung aus Pressemitteilungen der letzten Wochen erfahren, dass es ernsthafte Aktivitäten gibt, den Namen der Doppelstadt Dessau-Roßlau offiziell in Bauhausstadt Dessau zu ändern. Bereits schon einmal vor einem Jahr hatte man die Diskussionen geführt und schon wieder gibt es einige Stadträte, die einfach nicht loslassen können und dies wieder in den Focus der Öffentlichkeit rücken. Frau Müller stellte in Frage, wie viel Vertrauen man in die Stadträte setzen kann, wenn es diesen einfällt, nach knapp drei Jahren den Städtenamen wieder einmal ganz schnell zu ändern, weil man sich im Moment evtl. davon Vorteile verspricht.

Das sei aber nicht allein mit dem Namen verknüpft, dafür müsse man etwas tun. Man habe es bis heute, in einem Zeitraum von knapp 20 Jahren versäumt, die Standortvorteile, die die Stadt mit dem Bauhaus, der Hochschule Anhalt, dem Umweltbundesamt und dem Namen Junkers hat, für die Stadt und deren Entwicklung zu nutzen und daraus Kapital zu schlagen. Frau Müller stellte die Frage, ob seitens der Stadträte versucht wurde, vernünftige Wirtschaftsstrategien mit entsprechender Marketingarbeit, die diese vier genannten Institutionen und den Tourismus miteinander verknüpfen, langfristig mit der Verwaltung zu arbeiten. Wie so oft, säume man das Pferd von hinten auf und will mit einer Änderung des Städtenamens punkten. Vor drei Jahren Dessau-Roßlau, heute Bauhausstadt Dessau und morgen, wenn die Illusion, die mit der Namensänderung verknüpft ist, sich nicht bestätigt? Man sollte sich doch nicht dem Gedanken hingeben, dass Dessau mit dem Namen eine Stadt der Architektur ist oder wird. Leider ist mit der Zerstörung im März 1945 dieses zerfallen.

Schon zu DDR-Zeiten bezeichnete man Dessau als „Stadt im Grünen“. Man dürfe es nur nicht verunkrauten lassen! Warum ziehe man daraus nicht den Nutzen und macht sich endlich ein Konzept mit einem entsprechenden Leitbild „Dessau-Roßlau im Gartenreich“, um damit den Bekanntheitsgrad unserer Stadt bundesweit und darüber hinaus zu erhöhen. Hier sollte jeder seine ganze Kraft hineinstecken, um über Gartenreich, Bauhaus, Umweltbundesamt, Wirtschaftsförderung, Tourismus, mit einem daraus erarbeiteten Leitbild die Stadt weiterzuentwickeln. Die Bürger wären dankbar, denn davon würden sicher alle profitieren. Die Namensänderung halte man für den falschen Weg, da nicht ein voran getragener Name, sondern nur beständige, gemeinsame Arbeit unsere Stadt weiter stärken kann. Der Namenszusatz Bauhausstadt Dessau als Alleinstellungsmerkmal trenne uns mehr als er verbindet. Nicht nur Dessau-Roßlau, sondern auch Berlin und Weimar sind Bauhausstädte.

Vom Oberbürgermeister erwartet die Roßlauer Bevölkerung endlich eine öffentliche Stellungnahme, denn Herr Koschig war, gemeinsam mit dem ehemaligen Oberbürgermeister Otto, der Architekt der Fusion, ebenso wie Stadtrat Schönemann. Sie und auch die meisten der Stadträte, versprachen fast wöchentlich den Roßlauer Bürgern sowohl ein Miteinander auf Augenhöhe, als auch diesen Städtenamen. Doch wie heißt es so schön: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern, das Heute ist gefragt.“ Diese Denkweise sollte aber nicht Denkweise eines für seine Stadt und seine Bürger verantwortlichen Politikers sein, denn damit verspielt man nicht nur Vertrauen in die politische Zuverlässigkeit, es ist ganz einfach Verrat am Bürger. Man habe nämlich das Vertrauen, insbesondere das der Roßlauer Bürger, schamlos missbraucht.

Abschließend betone Frau Müller nochmals, der Ortschaftsrat Roßlau steht mit voller Überzeugung zur gemeinsamen Stadt Dessau-Roßlau und tritt allen Meinungen entgegen, welche die getroffene Entscheidung zur Stadt Dessau-Roßlau in Zweifel zieht. Dies wird sich auch in einem Beschluss des Ortschaftsrates Roßlau in seiner nächsten Sitzung am 26. März 2009 wieder finden. Schon in der Sitzung am 26. Februar 2009 hat sich der Ortschaftsrat geschlossen mit einigen Roßlauer/Meinsdorfer Stadträten gegen diesen Affront der Dessauer Seite bekannt. Er empfindet es als einen außerordentlichen Eingriff in den Fortgang der Fusion und insbesondere in die begonnene Identifizierung der Roßlauer Bürger mit ihrer noch verhältnismäßig neuen gemeinsamen Stadt.

Herr Dreibrod, SPD-Fraktion, eröffnete seinen Redebeitrag mit dem Eingeständnis, dass er geschockt war, als bei den Neujahrsempfängen der Parteien, die hier im Stadtrat die zweit- und drittstärkste Fraktion stellen, die Namensänderung unserer Stadt zum obersten Ziel für das Jahr 2009 erklärt wurde. Roßlau soll aus dem Namen verschwinden, Dessau seine alte Alleinstellung einnehmen und mit dem Zusatz „Bauhausstadt“ garniert werden. Der Schock sei vorüber, aber das Entsetzen geblieben. Entsetzen über die Dreistigkeit und Kaltschnäuzigkeit, mit der Versprechungen annulliert und Schwüre gebrochen werden. Herr Dreibrod ließ die Umstände des Zusammenschlusses von Dessau und Roßlau Revue passieren, wies auf den Bevölkerungsschwund im Osten und insbesondere in der Stadt Dessau hin, erinnerte an den Bürgerentscheid in Roßlau mit der 80%igen Absage an die Stadt Dessau, den erneuten Anlauf für einen Städtezusammenschluss, die Zusage von Partnerschaft auf Augenhöhe, um den Roßlauer Bürgern Sicherheit zu geben und die Aushandlung eines Fusionsvertrages.

Auf der Grundlage dieses Fusionsvertrages entschieden sich die Roßlauer im Bürgerentscheid 2005 mit einer äußerst knappen Mehrheit für das Zusammengehen mit Dessau. Dass der vom OB Otto und vom Bürgermeister Koschig feierlich unterzeichnete Vertrag letztlich keine Rechtskraft erlangte, wurde als Schönheitsfehler abgetan und durch eine Fusionsgeistbeschwörung der Beschlussvorlage von beiden Stadträten geheilt. Geschworen wurde nicht nur auf den Geist, sondern auch auf den Buchstaben des Fusionsvertrages. Die Stadträte seien der Bevölkerung in Dessau als auch in Roßlau verpflichtet, zu ihrem Wort zu stehen. Sie „werden den Fusionsvertrag mit Leben ausfüllen. Niemand wird uns daran hindern.“ Dieser flammende Appell stammt aus dem Protokoll der 1. gemeinsamen Stadtratssitzung vom 4. April 2007 in Roßlau, erinnerte Herr Dreibrod. Derselbe Stadtrat, der damals die Fraktion der PDS anführte und der größte Fusionsgeistbeschwörer war, führt heute die Fraktion Die Linke an und betätigt sich als Speerspitze der Namensänderung.

Herr Dreibrod bestätigte, dass mit dem Festakt am 01.07.2007 die Städtefusion besiegelt und vollzogen wurde. Das Zusammenwachsen von Dessau und Roßlau sei aber ein Prozess, der sehr viel Zeit benötigt und vielleicht erst in Generationen abgeschlossen sein werde. Es werde s. E. aber nie zu einer Fusion gekommen, wenn die Dessauer den Roßlauern nicht Zusagen und Zugeständnisse gemacht hätten. Das wichtigste Zugeständnis war die Vereinbarung eines gemeinsamen Namens, der den Doppelstadtcharakter festschreiben und nach außen und innen Einheit und Gleichheit symbolisieren sollte.

Erste Erfolge einer Gemeinschaft glaubt man zu sehen. Auch wenn es im Alltagsgeschäft Rückschläge gibt, das Bemühen, das Aufeinanderzugehen, bleibe erkennbar. Mit

dem Angriff auf den gemeinsamen Stadtnamen wird das Aufeinanderzugehen der Bürgerschaften von Dessau und Roßlau ausgehebelt. Besonders traurig sei dabei die Tatsache, dass die Protagonisten der Namensänderung dieselbe noch unschuldig lächelnd als Wohltat für alle verkaufen wollen. Die Begründung sei an den Haaren herbeigezogen und habe nur eine Alibifunktion. Der Schaden, der damit angerichtet würde, sei viel größer als ein vermeintlicher Nutzen. Nachdem der Versuch gescheitert ist, dass ein Bündnis kompletter Fraktionen den Namensänderungsantrag in den Stadtrat einbringt, versuche man nun fieberhaft, die Vorlage als Gemeinschaftsvorlage einzelner Stadträte einzubringen. Natürlich nur, wenn mit der Anzahl der Unterschriften die Mehrheit steht. Bisher stehe diese Mehrheit anscheinend nicht, sonst hätte man das heute schon auf der Tagesordnung.

Herr Dreibrodt mahnte an, gemeinsam Stärke zu zeigen. Hier stehe die Glaubwürdigkeit aller auf dem Spiel. Verlässlichkeit und Ehrlichkeit untereinander und vor allem gegenüber den Bürgern im Stadtteil Dessau und im Stadtteil Roßlau müsse auch weiterhin oberstes Prinzip sein. Den Kollegen aus der Fraktion Die Linke sage er, auch wenn es ungewohnt ist und für den einzelnen sicherlich nicht leicht, sollten sie doch ihrem Vorsitzenden beim Wortbruch gegen die Roßlauer die Gefolgschaft verweigern und im Zweifel den Mut aufbringen, sich nur dem eigenen Gewissen verpflichtet zu fühlen. Den Stadträten aus der Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM rief er zu, ihrem Namen gerecht zu werden, den sie sich selbst gegeben haben, nämlich Pro Dessau-Roßlau. Die Mitstreiter seiner eigenen Fraktion bat er mitzuhelfen, die Glaubwürdigkeit zu bewahren.

An den amtierenden und den ehemaligen Oberbürgermeister, die Herren Koschig und Otto richtete Herr Dreibrodt keine Bitte und merkte an, diese Herren stünden sicherlich zu ihrem Wort.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, brachte sein Bedauern zum Ausdruck, dass man diese Diskussion so emotional führt. Beginnen wolle er mit seinen Argumenten aufgrund eines Artikels in der Mitteldeutschen Zeitung, wo den Stadträten der ehemaligen Stadt Dessau Verschlafenheit vorgeworfen wurde, indem gesagt wurde, man hätte das früher diskutieren können. Es würde denjenigen Stadträten, die in der alten Stadt Dessau im Stadtrat gesessen haben, erinnerlich sein, dass er bereits damals Miteinreicher einer entsprechenden Beschlussvorlage war, die allerdings daran scheiterte, dass wir von dem damals amtierenden Oberbürgermeister abgebügelt wurden. Er hatte dann dafür auch eine Mehrheit gefunden, wir bräuchten zunächst ein Leitbild. Diese Diskussion um ein Leitbild und das Ausfüllen des Korpus der Stadt dauere jetzt gut 2 Jahre. Ein Ergebnis sei bis heute Fehlanzeige. Er frage sich, ob diese Argumente, Dr. Schmidt habe es wieder gefordert, im Prinzip erst zu bauen und dann die Hülle zu bilden, tatsächlich tragen können. Die Lutherstadt Wittenberg hieß auch so, bevor sie das Lutherfest hatte oder nach außen vermarktete und damit in die Hülle des Namens Leben brachte. Die Namensgebung könnte an dieser Stelle vielmehr auch eine Initialzündung bewirken, dass genau dieses Leben einzieht.

Als Fraktion habe man sich entschlossen, diese Diskussion zunächst intern und auf sachlicher Ebene zu führen. Man habe deswegen die Entscheidungsträger aus Roßlau zu einer solchen Diskussionsrunde in die Fraktion eingeladen, was vielleicht dazu beitragen wird, die Spannung ein wenig zu entschärfen. Man solle aber nicht aus den Augen verlieren, dass das Wiederaufkochen der Diskussion seine Ursache auch in dem

wachsenden Druck von außen hat. Sowohl der Kultusminister als auch der Wirtschaftsminister haben auf den Neujahrsempfängen in der Stadt gesprochen und haben z. T. explizit und z. T. zwischen den Zeilen gefordert, dass man das Bauhaus wesentlich stärker nach außen vermarkten und präsent machen muss.

Eine Bitte richtete Herr Bönecke an alle beteiligten Entscheidungsträger und auch an die Presse: In den veröffentlichten Artikeln wurden wiederholt Personen Äußerungen bzw. Tätigkeiten angedichtet, die so nicht der Wahrheit entsprechen. Da es sich um Personen aus seiner Fraktion handelt, bitte er darum, in Zukunft die Berichterstattung sachlich und inhaltlich richtig zu führen, damit keine falschen Eindrücke aufkommen.

Auf seine Vorredner bezogen, legte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, dar, man thematisiere etwas in Form von Unterstellungen. Sicherlich gebe es Planspiele, wie man manche Dinge voranbringen kann. Die Fusion beider Städte war ein Rettungsanker sowohl für Roßlau, welches heute das fünftgrößte Gemeinwesen in einem Kreis von Zerbst bis Bitterfeld wäre. Für Dessau als Oberzentrum fehlten am Ende die Köpfe. Insofern war der damalige Schritt richtig. Er sei nach wie vor der Meinung, dass Dessau-Roßlau gut tut und dass das auch in Zukunft so sein wird.

Aber die Entwicklung gehe weiter. Wir können einen Rettungsanker nicht als Ruhekiten benutzen. Die tatsächliche Entwicklung unserer neuen gemeinsamen Stadt, die immer noch mehr Abgänge als Geburten und sonstige Zugänge zeige, sei bekannt. Man müsse also reagieren, der Stadt eine neue Ausrichtung geben. Diesbezüglich sei es legitim, dass sich Menschen Gedanken machen, auch Stadträte, wie man ein solches Projekt vernünftigerweise gestaltet, wo liegen unsere Stärken, wo liegt unser Zukunftspotenzial, wie gehen wir ein solches Vorgehen an.

Es sei so, wie Herr Dr. Schmidt sagte, das Anliegen der Akteure, die sich diesem Ziel versprochen haben, was ja unterstellt wurde, zumindest sich dieses Ziel auf die Fahne geschrieben haben, diese Bauhausstadt ist auch auszugestalten. Wir sind auf einem guten Weg, wie uns nicht zuletzt durch die Landespolitik bescheinigt wird. Er denke an den Artikel vom Bauminister Daehre, der von dem Adelsschlag sprach in Richtung Gropius, an die Worte des Wirtschaftsministers, der deutlich machte, dass genau dieser Weg zur Leitbildprägung wesentlich beitragen kann.

Wir müssen unseren Aufgaben gerecht werden, um diesem Oberzentrum die nötige Stärke zu verleihen, damit das Oberzentrum im Wettbewerb mit Magdeburg und Halle eine Chance bekommt. Hier sind in erster Linie wir selbst gefragt. Wir können nicht weiter auf andere schauen und erwarten, dass sie uns irgendwelche Wohltaten antun. Man werde nur geachtet und anerkannt, wenn wir unsere eigenen Potentiale entwickeln, ein entsprechendes Angebot unterbreiten und somit als Partner auftreten.

An die Ortsbürgermeisterin von Roßlau gewandt, führte **Herr Schönemann** weiter aus, nun habe der eine oder andere versäumt, in 20 Jahren das Profil in der Richtung zu schärfen. Er sage sich aber immer, besser man beginnt überhaupt, eine Entwicklung auf den Weg zu bringen, indem man sie sachlich diskutiert. Insofern helfe es nicht weiter, wenn Herr Dreibrodt in alte Konstellationen zurückfalle. Er sei nicht derjenige, der nachkartet, aber wenn er den Flyer von damals in der Hand halte, seien das Dinge, die der Vergangenheit angehören sollten. Man sollte sich der Perspektive stellen. Es sollte mit einem Leitbild versucht werden, denn es sei nie zu spät, den richtigen Weg zu ge-

hen. Es sei allerdings bedauerlich, dass man das in dieser Art polemisch betreibt. Mit der Art und Weise, wie man das jetzt diskutiert habe, komme man keinen Schritt weiter. Er finde, die gestrige Veranstaltung im Bauhaus, auch der Ansatz des neuen Bauhausdirektors, wie man ein solches Thema begleiten kann, seien äußerst nutzbringend. Dem sollte man sich widmen. An Herrn Dr. Schmidt gewandt, merkte Herr Schönemann an, man sei sicherlich gemeinsam auf einem richtigen Weg. Eigentlich müsse Herr Dr. Schmidt zugestehen, dass die Idee nicht reizlos sei.

Die Absicht, einen Stadtnamen verschwinden zu lassen, sei ein emotionales Thema, bemerkte **Herr Pohl, CDU-Fraktion**. Er zog einen Vergleich mit den Möglichkeiten der Namensgebung nach einer Heirat und erinnerte des Weiteren daran, dass Anfang 2005 Dessauer, an der Spitze Herr Otto und auch Ralf Schönemann, in Roßlau für einen Zusammenschluss warben und sich viele Roßlauer dieser Sache angeschlossen haben, weil ein rationeller Kern zu erkennen war. Da Roßlau aber auf keinen Fall auf seinen Namen verzichten wollte, wurde dieser Doppelname suggeriert. Dass man sich in diesen Doppelnamen verliebt hätte, habe Herr Otto mehrfach den Roßlauer Bürgern gesagt. Herr Schönemann war emotional so ergriffen in dieser Zeit, dass er im CDU-Büro des Landtagsabgeordneten Kurt Brumme Plakate mit der Losung „Sagt ja zur Elbestadt Dessau-Roßlau“ mitgeklebt hat. Nun sind beide Städte seit dem 01.07.2007 eine Ehepaar und der graue Alltag ist eingezogen. Bei jeder Unterschrift nervt der lange Name, es gibt Streit und man erlaubt sich, nun wieder auf Eigenständigkeit hinzuweisen. Man stelle sich als Stärkerer die Frage, ob man sich das bieten lassen muss. Da man auch zahlenmäßig stärker sei, überlege man, wie man das ganze wieder Retour mache. Eine Scheidung, wie bei einem Ehepaar, sei so einfach nicht möglich.

Er habe in letzter Zeit, und er würde sich über ein klares Statement freuen, Herrn Otto gegen verleumderische Gerüchte verteidigt, er wäre dafür, dass diese Stadt in Bauhausstadt Dessau umbenannt wird. Herr Pohl frage aber, wie wollen wir denn unsere Stadt nun nennen: Die Stadt von Hugo Junkers, im Gartenreich, die ein Bauhaus hat und die mit der Schifferstadt Roßlau leiert ist. Er mache noch einen weiteren Vorschlag, wir nennen die Stadt Dessau bei Roßlau.

Die Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, bezeichne er als Wahlbetrug, zumindest an den Roßlauern. Wer durch Äußerlichkeiten dafür wirbt, sich auch noch fraktionsübergreifend im Amtsblatt darstellen lässt, sollte das bedenken, es sei denn, man macht sich nichts daraus, es passt zur Strategie, von vielleicht wichtigeren Themen abzulenken. 21.508 Bürger dieser Stadt haben die Frage nach einem Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau zu einer gemeinsamen Stadt Dessau-Roßlau mit Ja beantwortet. Unmittelbar nach der Wahl habe Ralf Schönemann gesagt: „Die Arbeit hat sich gelohnt. Mit vernünftigen Argumenten für eine Vision konnte man überzeugen.“ Heute trägt er seine Vision für alle sichtbar am Sakko. Das sollten sich Gemeinden, um die wir noch werben überlegen, wie man das mit der Wahrheit in dieser Stadt hält.

Ungeachtet dessen, dass nicht zu erwarten ist, dass Millionen Touristen über diese Stadt herfallen, nur weil sie Bauhausstadt heißt, ist die Zeit dafür nicht reif. Die Stadt ist diesen Ansprüchen nicht gewachsen und die Vorgehensweise sei plump und unsensibel. So gehe man mit Bürgerschaften nicht um. Wie kommt es denn bei den Bürgern unserer Stadt an, gibt es nichts Anderes und nichts Besseres zu tun, als sich mit der Umbenennung der Stadt zu beschäftigen? Man habe eine komplizierte wirtschaftlich finanzielle Haushaltslage in dieser Stadt. Man müsse viele freiwillige Leistungen kürzen

bei Kindern, Jugendlichen, Senioren, Sportlern usw. Er appelliere an alle Stadträte, mit möglichst großen Mehrheiten die Probleme dieser Stadt für die Bürger zu lösen.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte zunächst an, bereits seit mehr als 20 Jahren hervorragend mit einem Doppelnamen zu leben. Er empfahl, das als Stadt auch so lange durchzuhalten, um ein Gefühl dafür zu bekommen, wie das ist. Des Weiteren schilderte er die Ansicht des Wappens der Stadt Dessau-Roßlau, das ursprüngliche Aussehen der Stadt Dessau und den Anteil von Waldersee im Wappen. Er erinnerte daran, dass auf seinen Vorschlag hin Roßlau mit einem Viertel in das Wappen eingeflossen ist. Man sei als Waldersee noch ziemlich gut erkennbar gegen diese größere Stadt nördlich der Elbe. Etwas Kleines könne auch etwas Großes werden, lasse man es doch wachsen, mahnte er. Vor genau 2 Jahren habe man in der Fraktion öffentlich Stellung dazu genommen, die Texte sind auf der Website noch nachlesbar, die Argumente gleichen denen von heute.

Des Weiteren führte Herr Giese-Rehm Beispiele an, die außer dem Bauhaus noch wichtig seien. So sei die Stadt Teil des Gartenreiches, ehemalige Hauptstadt von Anhalt, habe einen großen Kunstschatz versammelt, den es zu präsentieren gilt. Die Sportstadt Dessau-Roßlau sei präsenter, als die Bauhausstadt Dessau, weil Leute intensiv und dauernd daran arbeiten. Das sei der Punkt, wo er sage, macht das doch!

Bauhaus sei ein wichtiger Punkt und wenn der Inhalt stimmt, gehe er vielleicht mit. Mit dem neuen Direktor des Bauhauses habe man jemanden, der in die Stadt hinein wirken und das Bauhaus profilieren will. Er habe aber auch deutlich gesagt, aktuell die Diskussion um einen veränderten Stadtnamen überhaupt nicht zu sehen. Er wolle gern in einen Arbeitsprozess kommen, um Bauhaus und Stadt enger zusammenzuführen und auch Bauhausstradition für die heutige Zeit erfahrbar machen. Hierfür brauche es viele Mitstreiter, nicht nur die Mitarbeiter des Bauhauses. Wenn die Leute, die heute den Titel Bauhausstadt Dessau vorantreiben wollen, daran mitarbeiten, hätten sie viel zu tun. Dann bekomme man vielleicht Ergebnisse, die das auch rechtfertigen.

Er weiche nicht vom Thema ab, wenn er noch einmal ein Hohelied auf die 17. Kurt-Weill-Festspiele in Dessau singe, die am Sonntag zu Ende gegangen sind, legte **Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion**, dar. Als sie eröffnet wurden, habe es einen Festakt gegeben. Hier habe einer der glänzendsten Rhetoriker Sachsen-Anhalts gesprochen, nämlich unser Kultusminister, Prof. Olbertz. Er las wider Erwarten verschiedenes ab und sagte plötzlich, Dessau sei die einzige Stadt in Deutschland, die die Moderne für sich hat. Sie habe nämlich vier Merkmale, was es kein zweites Mal gebe. Sie hat die Musik, die Kunst, die Architektur und sie hat Junkers, also die Technik. Wenn wir in Junkers auch die Forschung und Entwicklung der Schiffsmotoren einbeziehen, sehe er den Slogan: Dessau-Roßlau, Stadt der Moderne.

Herr Hoffmann, stellv. Vorsitzender des Stadtrates, führte aus, er könne manches, was er gehört habe, nachvollziehen und teile auch manche Empfindungen. Wer hat aber eigentlich geboten, nach Ergebnissen, die in dieser Fusion entstanden sind, aufzuhören zu denken. Er habe aus dem einen oder anderen Beitrag herausgehört, dass es um Konzepte, um ein Leitbild geht. Was hier von einigen Stadträten betrieben und in den Vordergrund gestellt wird, ist auch ein Gedanke, der in einem solchen Leitbild einfließen kann. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Nachdem man nun schon viele Jahre über das eine oder andere Thema diskutiere, wird es höchste Eisenbahn, dass man

an manchen Stellen konkreter wird, anstatt sich immer nur die Aufgabenstellung vorzuhalten, also auch zu Konzepten zu kommen. Das halte er für wichtig und ein solcher Leitgedanke könne durchaus ein prägender sein. Andere Städte haben solche Prägungen, egal ob sie nun im Namen stehen oder nicht. Aber eine Lutherstadt ist eine etablierte Lutherstadt. Andere Städte wie Weimar versuchen, auch aus dem Begriff des Bauhauses mehr zu machen und ein Label zu kreieren, warum denn eigentlich nicht? Der Gedanke müsse zumindest zulässig sein.

An die Roßlauer Stadträte gewandt, stellte er die Frage, ob sie wissen, wer Herr Paulick war. Es gebe einen Paulickring. Der Mann ist 1903 geboren. Es war einer der größten Mitstreiter von Herrn Gropius. Nachdem er zur Zeit des Nationalsozialismus ausgewandert ist, war er lange Zeit Leiter des Stadtplanungsamtes in Shanghai. Irgendwann kam er wieder und hat versucht, in seiner Architektur das Bauhaus einfließen zu lassen. D.h. Roßlau hätte sogar einen eigenen Beitrag bei der Geschichte. Es gehe nicht einfach nur um den Namen. Die Leute, die hier arbeiten und leben wollen, sind dankbar für Konzepte, die sich umsetzen lassen. Wenn dabei das Bauhaus hilfreich sein kann, sollte man es tun, bevor man die Idee zerredet oder überhaupt angefangen hat, sie zu füllen.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bemerkte, Herr Hoffmann habe voll den Punkt getroffen. Genau diese Leitbilddiskussion sollte geführt werden. Er spreche nicht als Stadtrat, sondern ausdrücklich als Fraktionsvorsitzender. Die SPD-Fraktion habe dazu einen Beschluss gefasst, welcher lautet, sich der Sache anzunehmen, Bauhausstadt Dessau. Das sollte man machen. Man diskutiere schon vorher alles kaputt, bevor man überhaupt einmal darüber nachdenkt, wie man das ausfüllen kann. Er rufe auf, gemeinsam zu schauen, wie man dem Ziel näher kommt. Natürlich müsse man die Roßlauer Bürger mitnehmen. Er habe den einen oder anderen Roßlauer Bürger sogar schon gehört, oder Unternehmer gehört, die sich der Sache gar nicht verschließen. Man sollte es diskutieren. Er gebe auch Herrn Dr. Schmidt Recht, natürlich brauche man dazu ein Leitbild und es müsse untermauert sein. Man sei aber auch schon Bauhausstadt, wer will uns das absprechen?

Das Ergebnis nicht vorwegnehmen, kam bei vielen Redner zum Ausdruck, wofür er auch sprechen wolle, führte **Oberbürgermeister Koschig** aus. Er sei von der Ortsbürgermeisterin Müller vor einigen Tagen gebeten worden, etwas zu sagen. Er hätte in seinem Bericht etwas dazu gesagt, aber da die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen die Aktuelle Stunde beantragt hat, habe er das dort weggelassen.

Er sei gegen eine heutige Umbenennung der Stadt in Bauhausstadt Dessau, habe aber nichts gegen ein Projekt Bauhausstadt Dessau. So sei Herr Koschig auch dankbar, dass viele Redner das unbedachte Vorpreschen von Ralf Schönemann kritisiert haben. Der Ortschaftsrat Roßlau habe sich im vergangenen Jahr schon sehr intensiv mit den Ausführungen der Fraktion Die Linke zu ihrem Neujahrsempfang auseinandergesetzt. Dort gab es eine klare Aussage, dass es nicht um die Umbenennung des Stadtnamens gehe, sondern um ein Konzept, um ein Projekt. In diesem Jahr zu den Neujahrsempfängen musste man etwas Anderes vernehmen. Hier ging es ganz klar darum, den Stadtnamen zu ändern. Das Versprechen von Ralf Schönemann ist gegenüber dem Ortschaftsrat nicht eingehalten worden, bis zum 30.06.2008 dem Ortschaftsrat dieses Konzept vorzustellen, um genau das, was Herr Hoffmann gesagt hat, die Roßlauer mit auf diesen Weg zu nehmen.

Herr Koschig behauptete, am Ende eines langen Weges der Leitbildsuche könne man einen Ist-Stand, wo steht die Bauhausstadt heute, im Katalog „Ikone der Moderne 2006“ nachlesen. Er hätte gern den Ministerpräsidenten aus seiner Festrede „150 Jahre Junkers“ zitiert, wo er Friedrich Ebert zitierte, die Junkerswerke als Denkfabrik, die Sportstadt und die Gartenreichstadt. Wenn wir heute auf die Bauhausstadt Dessau zu losmarschieren, stoße man viele unserer Mitbürger vor den Kopf. Diese Stadt lebt Junkers. Der 150. Geburtstag war ein Aufbruch, die für ihn endgültige Rehabilitation der Person und des Lebenswerkes von Prof. Hugo Junkers war, der von den Nazis missbraucht und über die gesamte DDR-Zeit in einem völlig falschen Licht als Kriegsverbrecher stand. Dieser Stadt sei es gelungen, worauf man stolz sein könne, gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt Junkers rehabilitiert zu haben. Junkers werde in dieser Stadt gelebt. Trotzdem werde keiner auf die Idee kommen, wir wollen jetzt Junkersstadt heißen, sondern man habe einen Förderverein, ein Technikmuseum, der seit vielen Jahren wirkt, und man habe den Wunsch aus dem Förderverein vom Präsidenten des Heimatbundes und Vorsitzenden des Fördervereins aufgegriffen, der die Anregung gegeben hat, ein Junkersdenkmal in dieser Stadt zu errichten. Momentan ist im Ämterumlauf eine Beschlussvorlage zur Gründung eines Kuratoriums für ein Junkersdenkmal. Man sollte sich viel Zeit lassen, um so etwas aufzugreifen. Genauso sollte man alle Fassetten, die diese Stadt so großartig machen, beleuchten. Wenn man dann am Ende dieses Weges zu der Erkenntnis kommt, dass dies der zentrale Moment ist, dass diese Bezeichnung Bauhausstadt Dessau tatsächlich die Erfolge bringt, diese Arbeitsplätze, diesen Imagegewinn, die Internationalität und wir diesen Ansprüchen auch gerecht werden, dann gehe er nach Roßlau, lädt die Bürgerschaft des Ortsteils Roßlau in die Elberossel-Halle ein und es werden wie bei der Fusion 400 Bürger kommen. Dann werde man dieses Projekt und dieses Konzept vorstellen. Wenn man gut gearbeitet habe und diese Stadt würdig ist, Bauhausstadt Dessau zu heißen, werden auch die Roßlauer dem zustimmen. Heute protestieren die Roßlauer zu Recht gegen den Wortbruch einiger hier aus dem Stadtrat.

Herr Koschig erklärte weiter, man solle jetzt in den Leitbildprozess gehen. Mit dem Wirtschaftszweigen habe man nun auch die Verwaltungsspitze komplett und man könne intensiv die Diskussion betreiben. Nehmen wir das Wort von Prof. Oswald an, diese Zusammenarbeit, die er uns anbietet, diese Offenheit, er fordert uns in einem Maße, wo dieses Haus sich noch ganz stark bekennen muss, ob wir Bauhausstadt Dessau sind. Das beginnt mit dem Arbeitsamt, hier komme etwas auf uns zu, wo er gesagt habe, selbstverständlich bin ich bereit Herr Professor, das Arbeitsamt, weil es eine wertvolle Architektur ist, infrage zu stellen und für ein Gesamtnutzungskonzept der Bauhausbauten in unserer Stadt mit zur Verfügung zu stellen. Dass auf die Stadtverwaltung eine Menge zukommt, wisse er, aber man müsse nachher auch Farbe bekennen. Suchen wir diese Zusammenarbeit, bringen wir uns aktiv in die Arbeitsgruppe, die Professor Oswald vorgeschlagen hat, ein und lassen Sie uns am Ende des Prozesses entscheiden und nicht am Anfang.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, erklärte, er sei es gewöhnt, dass die Mitteldeutsche Zeitung keine Möglichkeit auslässt, wenn es darum geht, ihn zu diffamieren, ohne ihn vorher zu fragen. So auch geschehen vor 8 Tagen, wo über die Ortschaftsratsitzung berichtet wurde, dass Herr von der Heydt gesagt hat, dass er der Initiator dieser Namensänderung ist. Er habe Herrn von der Heydt am nächsten Tag bei der Eröffnung der Messe zur Rede gestellt, wie er zu dieser Aussage kommt. Er habe dazu gesagt, diese Aussage so nicht gemacht zu haben. Dies zur Vorgeschichte. Als

dieser Vorschlag in die Fraktion auf den Tisch kam, also von außen in die Fraktion getragen wurde, habe er gesagt, so etwas könne man nicht über die Köpfe der Roßlauer hinweg im Stadtrat einfach beschließen. Die Mehrheiten könne man sicherlich organisieren. Das gehe aber nicht, da man sich zu dieser Städtefusion und der Namensänderung bekannt habe. Er akzeptiere aber, dass uns ausgehend von McKinsey eine Diskussion von außen aufgestülpt worden ist, die diese Frage Bauhausstadt wieder in ein anderes Licht gestellt hat. Man könne die Diskussion aber nicht an den Roßlauern vorbei führen. Wenn wir so etwas machen wollen, müssen wir dazu etwas tun und die Bürger von Dessau und Roßlau mitnehmen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, gab öffentlich kund, es gehe nicht um die Aktion Umbenennung der Stadt. Das Leitbild werde zeigen, dass die Bauhausstadt das zugkräftigste Argument ist, was auch die Aussage von Herrn Koschig war.

Abschließend schlussfolgerte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** aus der Diskussion, es gehe um den Namen unserer Stadt, das habe zentralen Wert. Er appellierte an die Stadträte, in der Diskussion darauf zu achten, dass der Name der Stadt nicht beschädigt wird.

7. Beschlussfassungen

7.1 Wahl von stimmberechtigten Abgeordneten und Gästen für die Teilnahme an der 35. Ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 12. bis 14. Mai 2009 in Bochum Vorlage: DR/BV/022/2009/I-OB

Vor Ausgabe der Stimmzettel verwies der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner**, darauf, dass seitens der Stadträte zwei Stimmen zu vergeben sind. Die zwei Kandidaten, welche die meisten Stimmen bekommen, erhalten das Mandat als stimmberechtigte Abgeordnete. Die nach der Anzahl der abgegebenen Stimmen folgenden zwei Kandidaten sind als Gäste ohne Stimmrecht gewählt.

Nach erfolgter Auszählung durch die Zählkommission, bestehend aus Frau Andrich, Frau Müller und Herrn Tonndorf, wurde folgendes Ergebnis bekannt gegeben:

Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion,	21 Stimmen
Frau Stöbe, Fraktion Die Linke,	19 Stimmen
Herr Eichelberg, SPD-Fraktion,	16 Stimmen
Herr Bierbaum, CDU-Fraktion,	12 Stimmen
Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen,	07 Stimmen

Somit wurden Herr Dr. Neubert und Frau Stöbe als stimmberechtigte Abgeordnete und Herr Eichelberg sowie Herr Bierbaum als Gäste gewählt.

Die Vorlage wurde laut Wahlergebnis beschlossen.

7.2 Einteilung der Stadt Dessau-Roßlau in Wahlbezirke Vorlage: DR/BV/043/2009/I-OB

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.3 Abberufung eines Mitgliedes des Verwaltungsrates DWG
und Entsendung eines neuen Mitgliedes
Vorlage: DR/BV/072/2009/II-30**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 12:01:24

**7.4 Abberufung und Entsendung von Mitgliedern des Kuratoriums
der Stiftung "Meisterhäuser Dessau"
Vorlage: DR/BV/073/2009/II-30**

Der Stadtrat folgte dem Beschlussvorschlag mehrheitlich.

Abstimmungsergebnis: 16:02:19

**7.5 Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat des MVZ
Vorlage: DR/BV/078/2009/II-30**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 29:00:08

**7.6 Bewerbung der Stadt Dessau-Roßlau zur Ausrichtung
des Sachsen-Anhalt-Tages im Jahr 2012
Vorlage: DR/BV/379/2008/V-41**

Der Stadtrat stimmte der Bewerbung mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

**7.7 Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen
der Stadt Dessau-Roßlau und der Agentur für Arbeit Dessau-Roßlau
gemäß §§ 53 ff. SGB X über die Gründung und Ausgestaltung einer
Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetz-
buch (SGB II) vom Dezember 2004
Vorlage: DR/BV/068/2009/V-50**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.8 Beschluss über die Aufstellung der 1. Änderung des rechtswirksamen
Bebauungsplanes Nr. 119 A "Berufsschulzentrum und Verwaltung"
Vorlage: DR/BV/004/2009/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.9 Beschluss zur Aufstellung des B-Planes Nr. 215 "Am Friedhof III"
Vorlage: DR/BV/037/2009/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.10 Satzung über die Veränderungssperre für den B-Plan 215
"Am Friedhof III"
Vorlage: DR/BV/038/2009/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.11 Satzung für den Bebauungsplan Nr. 168 - B
"Pharmastandort Rodleben / Tornau" (vormals Teilgebiet 4.2)
Vorlage: DR/BV/377/2008/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

7.12 Abwägung zum geänderten Entwurf des vorhabenbezogenen
Bebauungsplanes der Innenentwicklung Nr. 57 "Einkaufszentrum
Magdeburger Straße" i.d.Fass. vom 15.05.2008
Vorlage: DR/BV/492/2008/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01

7.13 Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
der Innenentwicklung Nr. 57 "Einkaufszentrum Magdeburger Straße"
im Stadtteil Roßlau
Vorlage: DR/BV/493/2008/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.14 Namensgebung des Platzes am "Alten Theater"
Vorlage: DR/BV/435/2008/VI-62

In der Diskussion äußerten sich **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen** und **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, dahingehend, dass man sich das öffentliche Votum hätte sparen können, wenn man doch den Zweitplatzierten wählt.

Die Änderung sei aus der Diskussion im Kulturausschuss entstanden, worin zum Ausdruck kam, dass die Würdigung von Friedrich-Schneider in der Stadt ausreichend vorhanden ist, legte **Herr Dr. Schmidt als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport** dar. Die letzte Entscheidung obliege zwar dem Stadtrat, jedoch empfehle er, der Entscheidung des Kulturausschusses zu folgen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:02:05

7.15 Lärmaktionsplan der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/024/2009/VI-83

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:02:03

7.16 Auflösung des Abfallzweckverbandes Anhalt-Mitte
Vorlage: DR/BV/026/2009/VI-83

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

10. Schließung der Sitzung

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, stellte formal die Öffentlichkeit her und schloss die Sitzung des Stadtrates.

Dessau-Roßlau, 29.06.23

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

Baumer
Schriftführerin